



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan, Claudia Köhler, Barbara Fuchs, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Tim Pargent, Gisela Sengl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Transparenzoffensive für das Deutsche Museum – Budgetrecht des Parlaments sicherstellen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag soll frühzeitig in alle Entwicklungen zur Sanierung des Deutschen Museums miteinbezogen werden.

Die Informationen zum Sach- und Verhandlungsstand sollen den Mitgliedern des Landtags zukünftig unmittelbar von der Staatsregierung mitgeteilt werden, damit sie diese nicht aus der Presse entnehmen müssen.

Zudem soll den Ausschüssen für Wissenschaft und Kunst sowie für Staatshaushalt und Finanzfragen darüber berichtet werden, auf welcher zeitlichen, inhaltlichen, planerischen und haushalterischen Grundlage der von Staats- und Bundesregierung ausgehandelte Betrag von 300 Mio. Euro ermittelt wurde und ob mit dem sich damit ergebenden Gesamtbetrag von 745 Mio. Euro die Gesamtanierung des Deutschen Museums abgeschlossen werden solle.

### **Begründung:**

Das Deutsche Museum und das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst (StMWK) rechnen erst im Herbst 2020 mit HU-Baufähigen Unterlagen<sup>1</sup> für den Realisierungsabschnitt 2. So zu lesen im Schreiben des Staatsministers für Wissenschaft und Kunst Bernd Sibler vom 08.10.2019 anlässlich des Besuchs des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr auf der Baustelle des Deutschen Museums. Die gleiche Aussage wurde auch während der gemeinsamen Ausschusssitzung der Ausschüsse Wissenschaft und Kunst sowie Staatshaushalt und Finanzfragen von einem Vertreter der Staatsregierung getätigt. Erst auf Grundlage dieser Unterlagen könne über weitere Finanzierungserfordernisse und -möglichkeiten mit Bund und Land verhandelt werden.

Laut der Pressemitteilung des StMWK vom 15.11.2019 gab es nun doch bereits Gespräche zwischen Staats- und Bundesregierung. Dem Landtag aber wurde nicht mitgeteilt, auf welcher Grundlage diese Gespräche geführt worden sind. Das Ergebnis war ein weiterer Zuschuss von 300 Mio. Euro von Bund und Land.

---

<sup>1</sup> (HU-Bau = Haushaltsunterlage Bau)

Die Mitglieder des Landtags, die über das Budgetrecht verfügen, wurden weder in die Verhandlungen miteinbezogen noch frühzeitig über diese Verhandlungen informiert. Weiter wurde ihnen nicht mitgeteilt, auf was für einer Grundlage diese Verhandlungen fußen. Lediglich die Mitteilung, dass auf allen Ebenen mit Vertretern des Bundes Gespräche „zur Klärung eines möglichen finanziellen Engagements des Bundes“ stattfinden, ist erfolgt.

In der Pressemitteilung des Staatsministers finden sich auch keine Details, für welche Bauabschnitte die zusätzlichen Mittel vergeben werden sollen. Lediglich von einem „weiteren Spielraum“ für das Museum wird gesprochen.

Die Staatsregierung bezieht den Landtag seit Projektbeginn kaum mit ein und bedient sich der Praxis, die Mitglieder des Landtags vor vollendete Tatsachen zu stellen. Die Quartalsberichte der Controller Ernst & Young treffen teils sehr verspätet ein; weder die Mitglieder des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen noch die Mitglieder des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst werden in die laufenden Entwicklungen miteinbezogen – nicht einmal zeitnah darüber informiert, sondern müssen aktuelle Entwicklungen der Presse entnehmen.

Die Sanierung des besucherstärksten Forschungsmuseums Deutschlands ist der überwältigenden Mehrheit des Landtags ein wichtiges Anliegen. Auch ist der Landtag sich seiner Verantwortung bewusst, die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass die Sanierung so zügig wie möglich abgeschlossen wird; dennoch kann es nicht sein, dass die Staatsregierung das Budgetrecht des Landtags weiter missachtet und Informationen nur häppchenweise an die Mitglieder des Landtags weitergibt.